Menschenrechtler warnen vor Angriffen auf Minderheiten in Indien

29. März 2017

Göttingen (KNA) Angesichts religiöser Spannungen in Indien hat die Gesellschaft für bedrohte Völker (GfbV) vor Übergriffen von Hindu- Extremisten auf religiöse Minderheiten gewarnt. Mit großer Sorge verfolgten die Menschenrechtler „die systematische Ausgrenzung und Marginalisierung von Andersgläubigen“ in dem Bundesstaat Uttar Pradesh. „Wer Menschen nur aufgrund ihres Glaubens de facto mit einem Berufsverbot belegt, verstößt gegen die säkulare Staatsverfassung Indiens und gegen internationale Menschenrechtskonventionen“, erklärte GfbV-Direktor Ulrich Delius am Dienstag in Göttingen. Die GfbV verwies darauf, dass seit Montag die Mitarbeiter von 41 Schlachthöfen in dem von rund 204 Millionen Menschen bewohnten Bundesstaat im Ausstand seien, um gegen eine „drohende willkürliche Schließung durch die Regionalregierung“ zu protestieren. Aus Solidarität wollten sich am Dienstag Fischverkäufer dem Streik anschließen. „Die meisten Schlachthöfe werden von Muslimen betrieben, die in den staatlichen Schließungsverfügungen einen gezielten Angriff auf ihre wirtschaftliche Existenz und Berufsfreiheit sehen.“ Die Menschenrechtler beklagen in dem Bundesstaat „rassistische und demagogische Äußerungen gegenüber Andersgläubigen“ durch Regierungsvertreter, auch gegen Christen. „Indiens Hindu- nationalistischer Premierminister Narendra Modi setzt auf Populismus und Ausgrenzung Andersgläubiger, um seine Macht zu stärken. Statt den Dialog zu fördern, lässt er polarisieren, eine fatale Entwicklung für Asiens größte Demokratie“, betonte Delius. Am Wochenende hatten indische Medien darüber hinaus über eine Gewaltaktion von rund 5.000 Hindus gegen Muslime im indischen Bundesstaat Gujarat, Heimatstaat von Modi, berichtet. Dabei habe es ein Todesopfer gegeben, 14 Menschen seien verletzt worden. Außerdem seien 20 von Muslimen bewohnte Häuser niedergebrannt worden. Auslöser der Krawalle war den Berichten zufolge der Zorn hinduistischer Schüler in der Großstadt Patan über ein angeblich ungehöriges Verhalten eines muslimischen Schülers. Die Region Gujarat war in der Vergangenheit immer wieder Schauplatz gewaltsamer Konflikte zwischen Hindus und Muslimen. Seit dem Machtantritt Modis als Premierminister im Mai 2014 hat die Gewalt radikaler Hindus gegen die religiöse Minderheiten der Muslime und Christen deutlich zugenommen.

(KNA – rknms-89-00014)

Stand: 27. November 2026